1 D 3417 D

türkei infodienst

NR. 66 ERSCHEINT 14-TAGIG 10. OKTOBER 1983

Menschenrechte

a) HINRICHTUNGEN

Seit dem 12.09.1980 wurden in der Türkei 48 Menschen hingerichtet (darunter 25 politische Täter).

b) TODESSTRAFEN

23.09.83 Ahmet Yildirimli in Edirne

Die Zahl der verhängten Todesstrafen hat sich damit auf 259 erhöht.

Bestätigungen

07.10.83	M. Ucaroglu	Izmir
07.10.83	F.Isik	Izmir
07.10.83	I. Yalcin	Izmir
07.10.83	K. Caliskan	Samsun

Diese Todesstrafen wurden in der Rechtskommission der Beratenden Versammlung bestätigt.

c) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

17.09.83	12 Linke	in Ankara
24.09.83	5 Moslems	in Diyarbakir
04.10.83	3 Unpol.	in Istanbul

Die Zahl der geforderten Todesstrafen hat sich damit auf 5.712 erhöht.

d) PROZESSE

Cumhuriyet vom 25.09.1983

Das Urteil gegen Nadir Nadi wurde aufgehoben

Das militärische Revisionsgericht in Ankara hat das Urteil gegen unseren Hauptkolumnisten Nadir Nadi und unseren Chefredakteur Okay Gönensin aufgehoben, da keine Absicht einer Straftat bestanden hat. Nadir Nadi war vor dem Militärgericht Nr. 1 in Istanbul zu einer Strafe von 2 Monaten und 20 Tagen verurteilt worden. Strafen unter 6 Monaten sind in der Regel nicht revisionsfähig. Der Anwalt von Nadir Nadi hatte sich aber an den Verteidigungsminister gewandt, der eine Überprüfung durch das Revisionsgericht anordnete.

Tercüman vom 28.09.1983

Der Prozeß gegen die Friedensvereinigung ging weiter

Im Prozeß gegen die Friedensvereinigung wurde mit der gemeinsamen Verteidigung der Anegklagten fortgefahren. In der gestrigen Verhandlung verlas der Anwalt Prof. Cetin Özek seine 259-seitige Verteidigungsschrift. Das Verlesen der Verteidigung dauert nun schon drei Verhandlungstage an. In der gestrigen Verhandlung beschäftigte sich Prof. Özek mit den Aktivitäten des Vereins.

Cumhuriyet vom 28.09.1983

Der Verantwortliche für Erkekce, Ali Kocatepe, wurde zu drei Monaten verurteilt

Der Chefredakteur der in Istanbul erscheinenden Zeitschrift 'Erkekce' (Männlich), Ali Kocatepe, wurde wegen Verstoßes gegen das Dekret-Nr. 67 des Nationalen Sicherheitsrates zu einer Strafe von 3 Monaten verurteilt. Grund für die Verurteilung war die Abbildung einer ausgebürgerten Person in einer Maiausgabe der Zeitschrift.

Cumhuriyet vom 28.09.1983

Das Adana PKK-Verfahren geht heute weiter

Das Verfahren gegen insgesamt 620 Angeklagte von PKK, das die südlichen Regionen umfaßte, wird heute vor dem Militärgericht Nr. 1 in Adana fortgesetzt. Der Prozeß hatte ursprünglich in 5 Provinzen begonnen, soll nun aber nur noch in Adana durchgeführt werden. Seit Beginn der Verhandlungen waren 201 Angeklagte aus der Haft entlassen worden.

Cumhuriyet vom 28.09.1983

Gegen 30 Angeklagte werden Strafen zwischen 5 und 12 Jahren gefordert

Das Verfahren gegen die TKP-B in Ankara mit 87 Angeklagten ist in sein entscheidendes Stadium eingetreten. Der Militärstaatsanwalt forderte in seinem Plädoyer die Bestrafung von 30 Angeklagten zu Strafen zwischen 5 und 12 Jahren. Für weitere 55 Angeklagte forderte er Freispruch. In seinem Plädoyer ging der Staatsanwalt auch auf die Frage der Beweiskraft von Polizeiaussagen ein. Er sagte:
"Wir haben die Aussagen der Angeklagten bei der Polizei als Zusatzbeweis anerkannt, selbst wenn sie auf Gewalt beruhen, weil die eigenen Äußerungen der Angeklagten ins Protokoll übernommen wurden. Es gibt keine Regel, daß nicht ein einzelner Beweis für eine Verurteilung ausreichen solle. Dennoch haben wir uns der Auffassung des militärischen Kassationsgerichtshofes angeschlossen, daß polizeiliche Aussagen, wenn sie nicht durch andere Beweismittel gestützt werden, nicht zu verwerten sind."

Hürriyet vom 29.09.1983

Isik Yenersu wurde freigesprochen

Die Künstlerin am Staatstheater, Isik Yenersu, wurde vor dem Strafgericht in Ankara freigesprochen. Ihr war der Vortrag von 2 Gedichten des Poegen Nazim Hikmet zur Last gelegt worden. Dieser Vortrag hatte in Paris stattgefunden. Nachdem das Gutachten von 3 Professoren nun bestätigte, daß in dem Vortrag des Gedichtes keine Straftat zu sehen sei, erfolgte der Freispruch.
Anm: Der Prozeß fand vor dem Strafgericht in Ankara statt, da sich das Militärgericht für nicht zuständig erklärt hatte, tid.

Cumhuriyet vom 29.09.1983

Der MHP-Anwalt Islam wurde zu 6 Monaten verurteilt

Der Anwalt Nadir Latif Islam aus dem MHP-Verfahren wurde jetzt wegen Beleidigung des Staatsanwaltes zu einer Strafe von 6 Monaten und 7 Tagen verurteilt. Er hatte in einer Verhandlung den Staatsanwalt als Angestellten bezeichnet und ihn dadurch diskriminiert.

Cumhuriyet vom 29.09.1983

Die Dev-Yol Verfahren von Elmali und Acipayam gingen zu Ende

Vor dem Militärgericht in Izmir gingen die Prozesse gegegen die Gruppen Elmali und Acipayam der Gruppe Dev-Yol zu Ende. Im Elmali-Kumluca Verfahren wurden 9 Angeklagte zu Haftstrafen verurteilt und 64 Angeklagte freigesprochen, während im Acipayam Verfahren 2 Angeklagte zu Haftstrafen verurteilt wurden und 24 Angeklagte freigesprochen wurden.

Hürriyet vom 30.09.1983

Die Zeugen Jehovas wurden angeklagt

Hava Eren Isik und Hatice Yasemin sind vor dem 3. Strafgericht in Ankara wegen Verstoßes gegen den Laizismus angeklagt und sollen eine Strafe bis zu 7 Jahren erhalten. Die zwei Mädchen hatten in verschiedenen Stadtteilen von Ankara Schriften der Zeugen Jehova-Sekte verteilt. Die Staatsanwaltschaft sprach in der Anklageschrift davon, daß das Verhalten der Mädchen in einem Land, in dem 98% der Bevölkerung moslemisch sei, den Tatbestand des § 163 erfülle.

Tercüman vom 30.09.1983

Türkes wurde von dem Vorwurf der Beleidigung freigesprochen

Der ehemalige Vorsitzende der Nationalistischen Bewegungspartei, Alparslan Türkes wurde jetzt vor dem Militärgericht Nr. 3 in Ankara von dem Vorwurf der Beleidigung des Gerichtes freigesprochen. Die Beleidigung sollte in dem MHP-Verfahren am 15.10.81 ausgesprochen worden sein. Das Gericht vertrat jedoch die Ansicht, daß die Äußerungen von Türkes keine Straftat beinhalteten und sprach den Angeklagten frei. Auf der anderen Seite wurde aber der Anwalt N.L. Islam wegen einer Äußerung am gleichen Verhandlungstage zu einer Strafe von 6 Monaten und 7 Tagen Haft verurteilt.

Cumhuriyet vom 30.09.1983

Das TIKKO-Verfahren in Izmir

Im Verfahren gegen 22 Angeklagte der Gruppe TIKKO vor dem Militärgericht in Izmir forderte der Militärstaatsanwalt in seinem Plädoyer für 15 der 22 Angeklagten eine Haftstrafe zwischen 5 und 15 Jahren.

Cumhuriyet vom 30.09.1983

5 Verurteilungen

Im Verfahren gegen vermeintliche Angehörige der Organisation Halkin Kurtulusu aus Kirsehir vor dem Militärgericht der 2. Armee (nach Malatya verlegt, tid) ergingen die Urteile. 5 Angeklagte wurden zu einer Strafe von 1 bis 5 Jahren verurteilt und 55 Angeklagte wurden freigesprochen.

Cumhuriyet vom 01.10.1983

Im TKP-Verfahren wurden 5 Angeklagte aus der Haft entlassen

Im Verfahren gegen 286 Angeklagte der TKP wurden weitere 5 Angeklagte aus der Haft entlassen. Das Verfahren vor dem Militärgericht Nr. 2 in Ankara wurde auf den 18. November vertagt. An diesem Tag wird der Militärstaatsanwalt sein Plädoyer halten und die Strafanträge stellen.

Tercüman vom 02.10.1983

Gegen 9 Angeklagte der IGD und SGD wurde ein Prozeß eröffnet

Gegen 9 Mitglieder der IGD und SGB (Sosyalist Gencler Birligi, in der Überschrift ist die Abkürzung durch Tercüman falsch geschrieben, tid) wird vor dem Militärgericht in Istanbul ein Prozeß angestrengt, in dem für die Angeklagten zwischen 5 und 12 Jahren Zuchthaus gefordert wird.

Milliyet vom 01.10.1983

Erel und Heper bekommen einen Prozeß

Gegen den Journalisten Teoman Erel und den Chefredakteur der Zeitung Milliyet wird am 27.10.1983 der Prozeß vor dem Militärgericht Nr. 1 in Istanbul beginnen. Ausschlaggebend dafür ist ein Artikel vom 25. Juni 1983 mit der Überschrift 'Vetosache'. Damit soll der Journalist gegen das Dekret Nr. 76 verstoßen haben.

Cumhuriyet vom 03.10.1983

Tasvir wurde geschlossen

Die in Istanbul herausgegebene Tageszeitung 'Tasvir' wurde bis zu einem weiteren Befehl durch den Kriegsrechtskommandanten der 1. Armee geschlossen. Der Befehl erging aufgrund des Gesetzes Nr. 1402, Paragraph 3/C.

Cumhuriyet vom 06.10.1983

Dikerdem machte eine Aussage

Der Vorsitzende der Friedensvereinigung, Botschafter Mahmut Dikerdem hat vor der Militärstaatsanwaltschaft in Istanbul eine Aussage zu dem Vorwurf der Beleidigung des Staatsanwaltes gemacht. In der Sitzung am 21.07.83, in der Dikerdem seine Verteidigung vorbrachte, soll er den Militärstaatsanwalt beleidigt haben.

Cumhuriyet vom 06.10.1983

Der Antrag auf Haftentlassung des Malers Orhan Taylan wurde abgelehnt

Der Antrag auf Haftentlassung des Malers Orhan Taylan, der im Prozeß gegen die Friedensvereinigung angeklagt ist, ohne inhaftiert zu sein, wurde abgelehnt. Orhan Taylan war nach der Haftentlassung im Prozeß gegen die Friedensvereinigung später unter dem Vorwurf, ein Mitglied der TKP zu sein verhaftet worden und im Militärgefängnis Mamak in Untersuchungshaft genommen worden.

Milliyet vom 07.10.1983

Vernehmung von Mehdi Zana

Das Verfahren gegen Özgürlük Yolu in Diyarbakir ist

in sein Endstadium eingetreten. Bei seiner Verteidigung sagte der ehemalige Bürgermeister von Diyarbakir, Mehdi Zana, daß er zum Schutz seines Lebens zwei Pistolen und zwei langläufige Gewehre besessen habe. Er sagte des weiteren, daß er sich sogar eine Kanone angeschafft hätte, wenn es sein Leben geschützt hätte.

Cumhuriyet vom 07.10.1983

Das Dev-Yol Verfahren von Yenidogan

In seinem Plädoyer forderte der Militärstaatsanwalt im Dev-Yol Verfahren von Yenidogan/Ankara für 10 Angeklagte Strafen bis zu 15 Jahren Zuchthaus. Für weitere 5 Angeklagte forderte er Freispruch. 5 der Angeklagten, gegen die eine Freiheitsstrafe gefordert wird und einer der Angeklagten, die freigesprochen werden sollen, waren unter Todesstrafe angeklagt.

Cumhuriyet vom 07.10.1983

Angeklagter unter Todesstrafe aus der Haft entlassen

Im Verfahren gegen 30 Angeklagte der Gruppe Dev-Yol Altindag wurde Cemal Ulu, gegen den die Todesstrafe beantragt worden war, aus der Haft entlassen. Die im Gerichtssaal anwesende Mutter erlitt daraufhin einen Schwächeanfall.
Des weiteren wurde ein zusätzlicher Prozeß gegen 4 Personen eröffnet, denen eine Mitgliedschaft in Dev-Yol zur Last gelegt wird. Ihr Prozeß wird in den nächsten Tagen vor dem Militärgericht Nr. 1 in Ankara durchgeführt werden.

Cumhuriyet vom 07.10.1983

25 Angeklagten von TDKP-HK wurden zu 2-11 Jahren Haft verurteilt

Vor dem Militärgericht in Gölcük wurden 25 Angeklagte der Gruppe TDKP-HK zu Strafen zwischen 2 Jahren, 8 Monaten und 11 Jahren, 4 Monaten Zuchthaus verurteilt. Außerdem erhielten verschiedene Angeklagte auch noch Strafen bezüglich polizeilicher Meldeverpflichtungen.

Cumhuriyet vom 07.10.1983

2 Angeklagte im Prozeß wegen Essensboykott wurden verhört

Wegen des Essensboykott am 11. Februar 1983 sind vor dem Militärgericht in Ankara 5 Studenten der politischen Fakultät angeklagt. Gegen sie wird aufgrund des Gesetzes Nr. 1402 eine Strafe zwischen 3 und 6 Monaten gefordert. In der gestrigen Verhandlung wurden 2 der Angeklagten vernommen.

e) VERHAFTUNGEN

In Kesan wurden 9 Dorfvorsteher inhaftiert, weil sie die Wahlkartons nicht in Empfang nehmen wollten (Cumhuriyet vom 24.09.1983).

f) ERSCHIEßUNGEN

Tercüman vom 04.10.1983

An der syrischen wurden 3 Schmuggler bei einer Auseinandersetzung getötet

An der syrischen Grenze wurden drei Schmuggler bei dem Versuch, mit verbotenem Tee die Grenze zu überqueren bei einer bewaffneten Auseinandersetzung getötet. Die übrigen Schmuggler flüchteten wieder über die syrische Grenze und ließen 7 Säcke mit verbotenem Tee zurück.

Hürriyet vom 05.10.1983

3 Anarchisten wurden tot festgenommen

Bei einer bewaffneten Auseinandersetzung im Dorf Yenibas in der Provinz Tunceli zwischen Militanten der Organisation TIKKO und der Gendarmerie wurden 3 Anarchisten getötet. Es wurden 2 Gewehre mit langen Läufen und 4 Pistolen beschlagnahmt.

Cumhuriyet vom 06.10.1983

Er tötete den Polizeibeamten, der die Personalien überprüfte

Am vorgestrigen Abend hat der Kassierer Ahmet Turan Cetinkaya bei einer Personalkontrolle den Polizeibeamten Mevlüt Kurt durch Pistolenschüsse so schwer verletzt, daß er noch am Ort des Geschehens verstarb. Wie mitgeteilt wurde, war der Kassierer angetrunken, als er in Malatya von der Polizeistreife angehalten wurde.

g) FOLTER

Cumhuriyet vom 28.09.1983

Der Antrag auf Freistellung der Angeklagten vom Prozeß wurde abgelehnt

Im Prozeß wegen des Verdachts auf Folter an der Sympathisantin der Organisation Partizan, Tülay Günbay, wurde der Prozeß gegen die Polizeibeamten Ahmet Divan, Nahit Atalay, Haydar Özdemir, Ülfet Seker und Naci Polat fortgesetzt. Die Geschädigte gab an, daß sie von den Polizisten geschlagen worden sei, daß man sie unter Strom gesetzt habe und daß sie an den Armen aufgehängt worden sei. Die Polizisten lehnten die Vorwürfe ab. Ihre Entbindung von einer Teilnahme an dem Prozeß wurde nicht akzeptiert. Die Verhandlung wurde auf einen späteren Termin vertagt.

Cumhuriyet vom 07.10.1983

Urteil im Erdost-Prozeß ergeht am 27. Oktober

Der Prozeß wegen der Emordung des Verlegers Ilhan Erdost im Militärgefängnis Mamak wurde in Ankara fortgesetzt. Da die Zusammensetzung der Kammer sich geändert hatte, wurde die Urteilsverkündung vertagt, da die neue Kammer die Akten noch nicht hatte untersuchen können. Neuer Termin ist auf den 27.10.83 bestimmt worden.

Internationale Beziehungen

Cumhuriyet vom 7.10.1983

Die Beratende Versammlung hat das Arbeitslosenversicherungsgesetz im Entwurf angenommen

Die Beratende Versammlung debattierte über den Entwurf des Arbeitslosenversicherungsgesetzes und nahm es an. Der Entwurf sieht vor, arbeitslos gewordenen Versicherten Arbeitslosengeld zu zahlen, das 40% des Bruttolohnes betragen wird.

Tercüman vom 25.9.1983

Die von der BRD verkaufte Fregatte 'Gemlik' hat sich unserer Marine angeschlossen

Die von der BRD verkaufte Fregatte TCG 'Gemlik' wurde nach einer offiziellen Feier in Gölcük der Kriegsmarine übergeben. Der Botschafter der BRD, Dr. Dick Onckenz, erklärte bei diesem Anlaß:*"Die Fregatte 'Gemlik' ist nicht das erste Schiff, das im Dienste unserer gemeinsamen Ziele hier übergeben wurde. Die türkisch-deutschen Beziehungen zu See haben viele gemeinsamen Punkte."*

Hürriyet vom 27.9.1983

Der Bau von F-16 Flugzeugen beginnt im Januar

Das von der türkischen Luftwaffe als 'ideal' eingestufte Flugzeugmodell F-16 wird ab Jänuar 1984 in der Türkei gebaut werden.
Der Pressesprecher der Herstellerfirma General Joe Thornton erklärte in diesem Zusammenhang, daß der erste Teil von 160 Flugzeugen 1987 an die Türkei geliefert wird. 15 Flugzeuge werden in den USA und die anderen in türkisch- amerikanischer Zusammenarbeit in der Türkei gebaut werden

Cumhuriyet vom 1.10.1983

Die USA geben einen Kredit in Höhe von 40 Millionen Dollar

Die USA hatten im Rahmen des OECD–Sonderprogramms für das Jahr 1982 eine Hilfe in Höhe von 285 Millionen Dollar versprochen.Das Abkommen über die letzte Tranche dieser Hilfe in Höhe von 40 Millionen Dollar wurde gestern unterzeichnet.

Reaktionen auf die Annahme des Steiner-Berichts im Europarat:

Der Europarat hat am 1.10.1983 die vom Türkei-Berichterstatter Ludwig Steiner vorgelegte Entschließung angenommen und damit zum Ausdruck gebracht, daß auch nach den Parlamentswahlen am 6.11.1983 die türkischen Parlamentarier in den Rat nicht aufgenommen werden. Sollte die Türkei darauf bestehen, zur Demokratie nicht zurückzukehren, so wird voraussichtlich im Januar 1984 dem Ministerrat empfohlen werden,die Türkei aus dem Europarat auszuschließen.

Kommentar des Vorsitzenden der Partei des Nationalistischen Demokratie, Turgut Sunalp:

Der Vorsitzende der Partei der Nationalistischen Demokratie, Turgut Sunalp, gab anläßlich des Beschlußes des Europarates eine Erklärung heraus, die u.a. folgenden Wortlaut hat: *"Was unsere Partei und Nation stört ist, daß in solchen internationalen Institutionen eine Linke, die angeblich Türken sind, innerhalb und außerhalb sich tummeln und die Quelle der Zerstörung sind. Der Verrat des eigenen Staates und der eigenen Nation an den Fremden ist der größtmögliche Verrat. Diese Verräter, die im Innern durch Anarchie und Terrorismus ihr Ziel nicht erreichen konnten, versuchen im Ausland eine andere Art des Terrorismus fortzusetzen und die Rückkehr der Türkei zur Demokratie zu verhindern. Diese Landesverräter werden erneut Schiffbruch erleiden. Das Schicksal der Türkei wird von der türkischen Nation und vom türkischen Staat festgelegt. Ausländer und die Verräter, die mit ihnen zusammenarbeiten, haben dabei kein Mitspracherecht. Wir werden als Nation unseren Weg gehen und früher oder später diese verräterischen Bemühungen vereiteln."*

Kommentar des Vorsitzenden der Populistischen Partei, Necdet Calp

Der Vorsitzende der Populistischen Partei, Necdet Calp, brachte seine Ansichten zu dem Beschluß des Europarates in folgender Weise zum Ausdruck: *"Es ist nicht richtig, einen solchen Beschluß zu fassen, bevor die Wahlen stattgefunden haben und die Zusammensetzung des Parlamentes feststeht."*

Kommentar des Präsidenten der Republik, Kenan Evren

Der Präsident der Republik hat in einer Rede anläßlich des Schuljahresbeginns auf der Kriegsakademie u.a. auf die Gründe aufmerksam gemacht, daß die Türkei nicht aus dem Europarat ausgeschlossen werden solle. Wörtlich sagte er dabei: *"Erstens kennt der Europarat die Kraft und Macht der türkischen Streitkräfte, der türkischen Armee. Zweitens sieht der Europarat es als seine Pflicht an, wie schon zu Zeiten des Osmanischen Reiches, auch wieder in den letzten Tagen sich in die inneren Angelegenheiten der Türkei einzumischen. Wenn wir aus dem Europarat ausgeschlossen werden, dann können sie uns nicht mehr unter Druck setzen. Um diesen Druck ausüben zu können, haben sie keinen Mut, die Türkei aus dem Europarat auszuschliessen. Aber ich will wiederholt sagen, daß die türkische Republik ihre Existenzberechtigung aus ihrer Mitgliedschaft im Europarat ableitet. Die türkische Republik existiert seit Jahrhunderten, die türkische Nation wird existieren, ob es den Europarat gibt oder nicht."*

Wirtschaft

Cumhuriyet vom 25.9.1983

Das Rentenalter für weibliche Beamte liegt bei 45, für männliche bei 50 Jahren

Der Nationale Sicherheitsrat hat das Krankenkassengesetz geändert und das Rentenalter für weibliche Beamte auf 45 und für männliche auf 50 Jahre erhöht.

Cumhuriyet vom 1.10.1983

Das Bruttosozialprodukt pro Kopf rutscht unter 900 Dollar Marke

Es wurde in Erfahrung gebracht, daß das Bruttosozialprodukt pro Kopf in der Türkei tiefer als 1000 Dollar, nämlich unter 900 Dollar, rutscht. Sollte die türkische Lira gegenüber dem US-Dollar in den letzten 3 Monaten des Jahres gleichermaßen an Wert verlieren wie 10% im Zeitraum Juli-September, so wird das Sozialprodukt pro Kopf um 874 Lira zurückgehen.

Cumhuriyet vom 1.10.1983

Die Küchenausgaben einer 4-köpfigen Familie betragen 32.850 TL

Die Küchenausgaben einer in Istanbul lebenden 4-köpfigen Familie sind im vergangenen Monat um 2,5% gestiegen und damit eine Höhe von 32.850 TL Lira erreicht.

Cumhuriyet vom 5.101983

Die Inflationsrate überschreitet die 30%-Marke

Die ersten Zahlen im September zeigen, daß die Inflationsrate hochschnellt und daß es sehr schwer sein wird, bis Jahresende den Preisanstieg auf 30% zu begrenzen.

Die in letzten Tagen bekanntgegebenen Preiserhöhungen für viele Waren machen optimistische Schätzungen über die Inflationsrate unmöglich.

Cumhuriyet vom 7.10.1983

Ulusu: "Die Oberste Schiedsstelle soll eine zusätzliche Lohnerhöhung in Erwägung ziehen"

Ministerpräsident Bülend Ulusu forderte die Oberste Schiedsstelle auf, eine zusätzliche Lohnerhöhung bei Berücksichtigung aller Möglichkeiten in Erwägung zu ziehen.
Die seit Tagen erwartete Begegnung zwischen Ulusu und Yilmaz fand gestern statt. Türk Is-Chef Yilmaz erklärte nach der Begegnung, daß die Hoffnung auf eine zusätzliche Lohnerhöhung gestiegen sei.
Schon früher hatte Finanzminister Kafaoglu erklärt, daß er keinen einzigen Kurusch zusätzliche Lohnerhöhung zubilligen werde. Yilmaz beantwortete diese Feststellung des Finanzministers mit den Worten: *"Wir wollen sowieso keinen Kurusch fordern. Mit Kurusch kann man heute kein einziges Steichholz kaufen. Das weiß unser Finanzminister ganz genau."*

Demokratisierung

Tercüman vom 27.09.1983

Evren: 'Wer in die Zeit vor dem 12. September verwickelt war, wurde von uns als nicht angemessen betrachtet'

Bei einer Untersuchungsreise in Sereflikochisar und Aksaray hat sich der Präsident der Republik, Kenan Evren, die Sorgen der Bevölkerung angehört. In Aksaray hielt er zudem auch noch eine Ansprache an das Volk. In Richtung auf die Vetos bei den Kandidaten für einen Posten als Abgeordneter sagte er, daß sie solche Kandidaten nicht angenommen haben, die zu sehr in die Ereignisse vor dem 12. September verstrickt waren und die eine starke Tendenz in diese Richtung gezeigt haben. Er betonte, daß man die Vetos nicht als Ehrenverletzung auffassen solle.

Cumhuriyet vom 27.09.1983

Vorsitzende der HP, Calp: 'Die Vetos haben uns das Rückgrat gebrochen'

In einer Pressekonferenz gab der Vorsitzende der Populistischen Partei (HP), Necdet Calp bekannt, daß man nicht mit einer so großen Zahl bei den Kandidaten für das Parlament gerechnet habe. Er gab zu verstehen, daß dies ein eindeutiges Zeichen sei, daß man nicht zu einer 'Gnadenpartei' ernannt worden sei. Man habe schon bei den Gründern nicht mit einer so hohen Anzahl an Vetos gerechnet und er hoffe auch, daß bei den zusätzlichen Kandidaten nicht sehr viele Vetos, ja eigentlich gar keine Vetos eingelegt werden.
Auf der anderen Seite gehen die Rücktritte in der HP weiter. Der ehemalige Abgeordnete von Diyarbakir, Hasan Deger, sagte, daß er nie für die HP kandidiert habe und deshalb auch keine Rede von einem Rücktritt von der Kandidatur sein könne. Des weiteren sind aus der Provinzorganisation in Adana zwei Mitglieder der HP ausgeschieden.

Cumhuriyet vom 27.09.1983

Die Studenten werden in diesem Jahr zwischen 2000 und 40000 Lira Studiengebühren bezahlen

In diesem Jahr beginnt die Regelung, daß Studenten bis zu maximal ein Fünftel der Studienkosten selber übernehmen müssen. Es wird dabei aufgrund des Gesetzes Nr. 2880 erwartet, daß die Studenten zwischen 2000 und 40000 TL als Studiengebühr selber zahlen müssen.

Cumhuriyet vom 28.09.1983

Der Entwurf für ein Pressegesetz wurde in der Beratenden Versammlung kritisiert

Das Pressegesetz, das das Gesetz mit der Nummer 5680 ablösen soll, wurde gestern als Ganzes in der Beratenden Versammlung angenommen. Von einigen Mitgliedern der Beratenden Versammlung wurde scharfe Kritik an dem Gesetzesentwurf geübt. Mustafa Alpdündar vertrat die Ansicht, daß dieses Gesetz in dem noch zu wählenden Parlament beraten werden sollte. Von den gestern diskutierten ersten 6 Artikeln wurden 2 zur erneuten Beratung an den Ausschuß verwiesen.

Cumhuriyet vom 30.09.1983

Das Ministerpräsidium forderte die Aufhebung der Immunität für Yildirim Avci

Gestern wurde ein Gesetzentwurf seitens des Ministerpräsidiums in die Beratende Versammlung eingebracht, der zum Ziel hat, daß die Immunitiät des Vorsitzenden der Partei des Rechten Weges und Mitglied der Beratenden Versammlung, Yildirm Avci, aufgehoben wird. In dem Gesetzesentwurf des Ministerpräsidenten wird ausgeführt, daß Avci in einem Interview mit einer Zeitschrift in Istanbul Ansichten geäußert habe, die sich gegen den Nationalen Sicherheitsrat richten.

Cumhuriyet vom 30.09.1983

Das Pressegesetz wurde in einer Minute verabschiedet

Der Gesetzesentwurf für ein Pressegesetz wurde in der gestrigen Sitzung der Beratenden Versammlung in seiner Gesamtheit angenommen. Bei dem Vorgehen des Vorsitzenden Vefik Kitapcigil gab es einigen Protest, da der Entwurf am Vortage aus Mangel an Anwesenden nicht zur Abstimmung gekommen war. Die Auseinandersetzung drehte sich um die Art der Abstimmung, da am Vortage einige Mitglieder eine namentliche Abstimmung gefordert hatten. Als die Wogen der Diskussion besonders hoch schlugen, konnte man auch die Worte hören: *"Was kann man schon von einem Präsidenten von der MDP erwarten."*

Hürriyet vom 30.09.1983

Die Gesetzesvorlage von Tümer wurde abgelehnt

Die Gesetzesvorlage zu den regionalen Wahlen, die vom Kommandanten der Marine und Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates, General Nejat Tümer, eingebracht worden war, wurde gestern im Unterausschluß abgelehnt. Der Entwurf sieht vor, daß bei den nächsten regionalen Wahlen lediglich die Parteien teilnehmen, die auch im Parlament vertreten sind.

Cumhuriyet vom 01.10.1983

Politiker in Canakkale wurden freigelassen

Der Nationale Sicherheitsrat hat gestern in seinem Dekret Nr. 166 verfügt, die in Canakkale arrestierten Politiker unter denen sich auch Süleyman Demirel und 14 ehemalige Politiker befinden, wieder freizulassen. Es handelt sich bei diesen Politikern um folgende Personen:

1. Süleyman Demirel, 2. Ali Naili Erdem, 3. Ekrem Ceyhun, 4. Saadettin Bilgic, 5. Nahit Mentese, 6. Yigit Köker, 7. Ihsan Sabri Caglayangil, 8. Sirri Atalay, 9. Metin Tüzün, 10. Celal Dogan, 11. Deniz Baykal, 12. Ferhat Aslantas, 13. Süleyman Genc, 14. Yüksel Cakmur, 15. Hüsamettin Cindoruk, 16. Mehmet Gölhan.

Cumhuriyet vom 01.10.1983

3 Parteien werden reduziert in die Wahlen gehen

Der Nationale Sicherheitsrat hat gestern seine Nachforschungen über die 224 Kandidaten der drei Parteien, die an den Wahlen zur Großen Nationalversammlung beteiligt sein werden, beendet. Der Rat hat 11 Kandidaten der HP, 8 der AnaP und 2 der MDP nicht anerkannt. Mit diesem Beschluß des Nationalen Sicherheitsrates stehen nun die Kandidatenlisten fest. Von den einzelnen Parteien werden 398 Kandidaten von der MDP, 392 von der AnaP und 389 von der HP an den Wahlen teilnehmen.

Cumhuriyet vom 02.10.1983

Calp, Kartay und Avci haben das neue Pressegesetz kritisiert

Der Vorsitzende der SODEP, Cezmi Kartay, der Vorsitzende der HP, Necdet Calp, und der Vorsitzende der Partei des Rechten Weges, Yildirim Avci, haben ihre Meinung zu dem Pressegesetz, das in einer Minute in der Beratenden Versammlung angenommen wurde, geäussert. Kartay sagte gegenüber dem Reporter von Cumhuriyet, daß der Entwurf das Produkt der Finsternis und des Zweifels ist. Er betonte, daß die Beratende Versammlung den Entwurf überstürzt beraten und die Satzung verletzt habe.
Der Vorsitzende der Populistischen Partei, Necdet Calp, sagte dem Reporter der THA gegenüber: *"Das Parlament ist ein Organ, das entsprechend den Bedürfnissen der Nation und den Bedingungen Gesetze verabschiedet. In diesem Rahmen hat das Pressegesetz eine andere Behandlung erfahren."*
Der Vorsitzende der DYP, Yildirim Avci, der gegen den Entwurf gestimmt hat, sagte: *"Mit der Annahme des Entwurfes wird es der Führung unmöglich sein, zu wissen, was der Bürger denkt. Unter der Drohung der Schließung, Einstampfung, und Konfiszierung der Druckmaschinen ist es für die Presse sehr schwer, ihre öffentliche Aufgabe zu erfüllen."*

Milliyet vom 06.10.1983

Die Türkei wird in 8 Gouverneursbezirke eingeteilt

Durch eine Verfügung mit Gesetzeskraft wurden den Gouverneursbezirken übergeordete Gouverneursämter eingerichtet. Die 67 Gouverneursbezirke (Provinzen) wurden verwaltungsmäßig 8 Gouverneursämtern untergeordnet. Die Gouverneursämter wurden in dem gestrigen Amtsblatt dadurch definiert, daß sie zentrale Verwaltungseinrichtungen sind, die die Koordination unter mehr als einer Kreis- und Provinzverwaltung sicher stellen sollen. Im Einzelnen wurden folgende Gouverneursämter eingerichtet:
Erzurum, Diyarbakir, Adana, Kayseri, Ankara, Konya, Istanbul, Izmir.

Cumhuriyet vom 06.10.1983

Der Nationale Sicherheitsrat hat das Vereinsgesetz angenommen

Der Nationale Sicherheitsrat hat das neue Vereinsgesetz angenommen. Das Gesetz sieht vor, daß jeder, der sein 18. Lebensjahr vollendet hat, einen Verein gründen darf, allerdings sind Verurteilte aus politischen oder ideologischen Gründen, Schüler, Lehrer und Schulleiter, Erziehungspersonal, Angehörige der Gerichte, Verwaltungsbeamte und Angehörige der Sicherheitskräfte aus dieser Regelung ausgeschlossen. Das Gesetz, das gestern durch den Nationalen Sicherheitsrat angenommen wurde, sieht vor, daß Personen, die aus einer politischen Partei ausgeschlossen wurden, für die Dauer von 5 Jahren keinen Verein gründen dürfen. Angestellte im öffentlichen Dienst, denen eine Vereinsgründung verboten wurde, können Mitglieder derjenigen Vereine werden, die vom Kabinett anerkannt sind. Die Vereine dürfen keine Flugblätter verteilen, wenn sie eine Abschrift nicht mindestens 24 Stunden vorher dem höchsten Verwaltungsbeamten vor Ort vorlegen. Die Vereine dürfen keine Ziele verfolgen, die in ihrer Satzung nicht stehen. Sie dürfen keine Ausbildung und Erziehung vornehmen, die als Militär- oder Sicherheitsdienst gelten. Zu diesem Zweck dürfen sie keine Lager und Exerzierplätze einrichten, keine besondere Kleidung tragen, nicht uniformiert oder mit einem Armband auftreten.

BRD

Tercüman vom 23.9.1983

500 verurteilte Türken in deutschen Gefängnissen wollen ihre Reststrafe in der Türkei absitzen

Bundesjustizminister Hans Engelhard teilte mit, daß ca. 500 Türken, die in deutschen Gefängnissen einsitzen, den Antrag gestellt haben, ihre Reststrafen in der Türkei abzusitzen.
Zum Thema " Kemal Altun und Asylprobleme " sagte er zu Journalisten: *„ Im Dezember letzten Jahres haben wir mit der Türkei ein Gefangenenaustauschabkommen getroffen. Dieses trat am 1. Juli offiziell in Kraft. Gemäß dieses Abkommens gibt es die Möglichkeit, daß diejenigen, die wegen verschiedener politischer Ereignisse verurteilt wurden, ihre Strafen in ihren Heimatländern absitzen. "*

Hürriyet vom 29.9.1983

Verfassungsgericht bestätigte die Asylsammellager

Das Verfassungsgericht in Karlsruhe faßte den Beschluß, daß die Verlegung von Ausländern, die einen Asylantrag gestellt haben, in Sammellager nicht der Verfassung widerspricht. Das Gericht lehnte die Klage eines Asylanten aus Sri Lanka und Ätiopien ab.

Hürriyet vom 26.9.1983

Wenn die Ausländer gehen, wird das Gleichgewicht in Deutschland zerstört

Die kommunlae Arbeitsgruppe Ausländische Arbeiter in Düsseldorf führte eine Untersuchung zum Thema " Was passiert, wenn alle Ausländer gehen? " durch. Für Düsseldorf, wo 75.000 Ausländer leben, kommen sie zu folgenden Ergebnissen:
- Es ist nicht möglich, die Arbeitsplätze an Deutsche zu vermitteln
- Es kommt zu einem Steuerverlust in Höhe von 10,8 Mio. DM und Mindereinnahmen für die Rentenversicherung in Höhe von 16,9 Mio. DM
- Es werden 50 Mio. DM weniger ausgegeben, was ein großer Einkommensverlust für einige Geschäfte sein würde
- Schulen und Kindergärten müßten geschlossen werden; Lehrer und andere Angestellte würden arbeitslos

INTERNATIONALE PRESSEUMSCHAU

Woche im Bundestag, 21.9.1983:

Kontroverse über UNO-Asylbericht

Innenminister erläutert Absage eines Termins — Kritik der SPD

Einen Bericht des UNO-Flüchtlingskommissariats über die Lage der Asylbewerber in der Bundesrepublik Deutschland vom Juni hat Bundesinnenminister *Dr. Friedrich Zimmermann* am 14. September vor dem Innenausschuß scharf kritisiert und seine Absage eines für den 15. September geplanten Gesprächs mit dem Hohen Kommissar der UNO für Flüchtlingsfragen *Poul Hartling* erläutert. Diese Begründung führte zu zum Teil scharfen Kontroversen zwischen Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD.

Nach Angaben des Ministers enthält der Bericht des Flüchtlingskommissariats „grobe sachliche Unrichtigkeiten und Unstimmigkeiten". So werde zum Beispiel von „Internierungslagern" für Asylbewerber gesprochen. Der Bericht bringe deutsche Behörden in Bund und Ländern in Verruf, die in einem „schlimmen Ausmaß" diskriminiert worden seien. Außerdem sei dieser Bericht nicht wie üblich mit den deutschen Behörden vor der Veröffentlichung abgestimmt worden. Nach einem Schreiben des deutschen UNO-Botschafters vom 16. August an den Flüchtlingskommissar habe er erwartet, daß sich *Poul Hartling* von dem Inhalt des Berichts distanziere und eine Prüfung des Sachverhalts vornehme. Der Kommissar habe aber nur die Weitergabe an die Presse bedauert.

Den Vorschlag für ein Gespräch am 15. September habe er aus Termingründen wegen der Regierungserklärung und der Parlamentsdebatte zu Umweltfragen an diesem Tage, aber auch aus sachlichen Erwägungen abgesagt, sagte der Minister. Zu einem Gespräch sei er bereit, wenn der Flüchtlingskommissar „vorher eine angemessene Gesprächsgrundlage" schaffe. Diese Haltung sei keine Brüskierung einer UNO-Institution. Die Terminabsage wegen der Bundestagssitzung sei am 25. August übermittelt worden.

Die SPD warf dagegen dem Minister vor, er habe den Flüchtlingskommissar brüskiert und nur vorgetäuscht, daß er keine Zeit habe. Nach ersten Presseberichten am 6. August habe *Dr. Zimmermann* „wochenlang nicht reagiert". Er habe „außenpolitisches Porzellan zertreten" und der Bundesrepublik mit dieser „Strafaktion" keinen guten Dienst erwiesen. Gemeinsam von SPD und FDP wurde gefordert, den Bericht gründlich zu prüfen und zu überlegen, ob etwas geändert werden müsse. Auch die FDP fragte, ob es nicht möglich gewesen wäre, seit Anfang August zu einer Klärung zu kommen.

Die Abgeordneten der CDU/CSU billigten das Verhalten des Ministers ohne Einschränkung. Der Bericht habe ein „schlimmes Zerrbild" gezeichnet. Daher habe ein Signal gesetzt werden müssen. Zu bedauern sei, daß es in dieser Frage keine Solidarität unter allen Fraktionen gebe. Offensichtlich sei der Bericht „extrem oberflächlich". Die Veröffentlichung durch eine Indiskretion des Kommissariats sei eine „schlimme Sache".

Der Bundestag hat sich am 15. September in einer Aktuellen Stunde auf Antrag der SPD-Fraktion mit diesem Thema befaßt.

Die Hilfe für die Türkei nicht einstellen

Zusammenarbeit bei der Rauschgiftkriminalität ist wünschenswert

Einen Antrag der SPD-Fraktion, durch den die Gewährung neuer Soforthilfemaßnahmen und weiterer Verteidigungshilfe an die Türkei unterbunden werden soll (10/149), sowie einen Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN (10/107), der den sofortigen Stopp der Türkeihilfe verlangt, hat der mitberatende Innenausschuß am 14. September behandelt und dem federführenden Auswärtigen Ausschuß zur Ablehnung empfohlen. Gegen den Antrag der GRÜNEN stimmte neben der CDU/CSU auch die SPD, da Hilfe für notleidende Menschen nicht ausgeschlossen werden dürfe.

Die Koalition billigte zwar das Anliegen der SPD, der notleidenden türkischen Bevölkerung zu helfen, lehnte aber eine sofortige Einstellung der Verteidigungshilfe mit Hinweis auf gültige Abkommen ab. Mit den Stimmen der Koalition wurde festgestellt, daß der Innenausschuß seine Stellungnahme an den federführenden Auswärtigen Ausschuß auf allgemeine ausländerpolitische Gesichtspunkte, die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität und auf Asylverfahren beschränke. Dabei wurde eindringlich auf eine Entschließung des Europäischen Parlaments hingewiesen, bei Auslieferungsersuchen besonders die Gefahren politischer Verfolgung zu beachten.

Betont wird in der Stellungnahme weiter, daß Hilfe zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation in der Türkei die Rückkehrwilligkeit türkischer Gastarbeiter fördere. Das Asylrecht sei in der Bundesrepublik Deutschland umfassend geregelt. Es gebe keine Hinweise, daß dieses Recht von Behörden und Gerichten nicht beachtet würde. Eine wirtschaftliche Hilfe könne weiter die Verhandlungen mit der Türkei über eine Änderung des Assoziierungsabkommens mit der EG erleichtern, das Freizügigkeit bei der Einreise von Türken in die Bundesrepublik ab 1986 vorsieht. Eine Unterstützung der Türkei bei der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität an der Quelle sei kriminalpolitisch sehr wünschenswert.

Die Bundesregierung hat keine Hinweise dafür, daß Drogen- und Waffenschmuggelgeschäfte sowie organisierte Kriminalität mit Wissen und Duldung von Bundesbehörden stattfinden, heißt in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN, die am 16. September im Bundestag veröffentlicht wurde (10/390, 10/324).

Die Bundesregierung habe auch keine Kenntnisse darüber, daß türkische Rechtsextremisten oder extreme Nationalisten Waffen- und Drogenhandel als finanzielle Quellen für ihre politische Arbeit nutzen. Derartigen Behauptungen seien die zuständigen Bundesbehörden nachgegangen. Dabei hätte sich keine Bestätigung der Vorwürfe ergeben.

***

TÜRKEI–INFODIENST der alternativen türkeihilfe
c/o Michael Helweg, Postfach 7088, 4900 Herford

Postvertriebsstück 1 D 3417 D Gebühr bezahlt

Bei der Untersuchung wurde von der Frage ausgegangen, wozu es führt, wenn 75% der Ausländer in 2-3 Jahren Deutschland verlassen.

Tercüman vom 26.9.1983

Ein deutsches Gericht lehnte den Asylantrag zweier Türken aus Westthrakien ab

Ein Verwaltungsgericht in der Bundesrepublik Deutschland wies die Behauptungen zweier Türken aus Westthrakien, die aus Griechenland gekommen waren und Asyl beantragt hatten, zurück. Das Gericht faßte den Beschluß, daß auf die Türken in Westthrakien kein Druck ausgeübt werde.
Während die Asylanträge von türkischen Terroristen, die aus der Türkei fliehen und in der Bundesrepublik Deutschland Asyl beantragen, anerkannt werden, werden die rechtmäßigen Anträge von Türken aus Westthrakien unter Bezug auf Berichte des deutschen Außenministeriums zurückgewiesen.
Das Verwaltungsgericht in Karlsruhe kam zu der Ansicht, daß auf die beiden Türken in Griechenland keinerlei Druck ausgeübt wurde und lehnte den Widerspruch ab.

Tercüman vom 28.9.1983

Deutschland hat den Terroristen Aydindag freigelassen

Deutschland hat den Beschluß gefaßt, einen Terroristen mit Namen Zeynel Aydindag nicht in die Türkei auszuliefern. Als Begründung für den Beschluß wurde angegeben, daß die Türkei keine Garantie gegeben habe, über den Terroristen nicht die Todesstrafe zu verhängen.
Das Oberverwaltungsgericht in Nordrhein-Westfalen hob auf eigene Initiative den Haftbefehl auf. Der Oberstaatsanwalt in Düsseldorf erklärte gestern , daß Aydindag freigelassen worden sei.

Hürriyet vom 6.10.1983

Die ARD hat die Türkei wieder mit Worten beschmutzt

Sahabettin Buz (in der Meldung als Sahabettin Us genannt) berichtet in der Sendung ' Report ' von den Foltern, die er in der Türkei erlitten hat und beschrieb ausführlich die Folterpraktiken, die in der Türkei angewandt werden. Helle Empörung bei der Zeitung Hürriyet! Man beschwert sich, daß die türkischen Landsleute, die vor dem Bildschirm saßen, wieder einmal enttäuscht wurden. Was hatte dieser Beitrag mit dem Thema ' Ausländer raus ' zu tun? Die ARD versuchte mit fiktiven Folterbildern ein dramatisches Klima zu erzeugen. Wer waren die Personen auf den Bildern und wo wurden sie aufgenommen? Die Zeitung bemüht sich, diese Person, die da über Folter berichtet, mit allen Mitteln unglaubwürdig zu machen. Quintessenz: Hunderte von Landsleuten waren betrübt, daß die ARD wieder einmal versucht hat, die Türkei mit Dreck zu bewerfen. Sie protestierten gegen die ARD. (Kommentar des tid)

IMPRESSUM
TÜRKEI–INFODIENST DER ALTERNATIVEN TÜRKEIHILFE
V.i.S.d.P. und Verleger: Michael Helweg, Postfach 70 88, 4900 Herford
Einzelpreis: 1,50 DM
Abonnement: 6 Monate = 20,-DM 1 Jahr = 40,- DM
Kündigungsfrist: spätestens 4 Wochen vor Ablauf des vereinbarten Abos. Wird das Abo nicht gekündigt, so verlängert es sich automatisch um den vereinbarten Zeitraum
Konten: Michael Helweg, Postscheckamt Hannover, Nr. 3981 01 - 304, BLZ: 250 100 30
Alternative Türkeihilfe, Kreissparkasse Herford-Bünde, Nr. 1 000 008 613, BLZ: 494 501 20
Der türkei-infodienst erscheint 14-tägig